

POLITBANDE

Das kommunalpolitische Programm für Nürnberg

Alle Forderungen von B bis W

- Bildung ... 4
- Digitales ... 11
- Kultur ... 15
- Ökologie & Mobilität ... 21
- Räume ... 27
- Soziales ... 36
- Teilhabe ... 41
- Verwaltung ... 45
- Wirtschaft ... 47

Generelles Statement zum Selbstverständnis

(in Ergänzung der Vereinssatzung und des Leitbilds)

Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung jedweder Art widersprechen unseren grundlegenden Werten. Für die **politbande** versteht es sich von selbst, dass alle Menschen – insbesondere mit speziellen Bedürfnissen, mit von der Mehrheitsgesellschaft nicht anerkannten Lebens- und Beziehungsentwürfen oder Ursprüngen aus nicht-fränkischen Kulturkreisen – Anspruch auf eigene Freiräume haben, in denen sie selbstbestimmt ihre kulturellen Vorstellungen verwirklichen.

Toleranz, Integration und Inklusion sind für uns daher selbstverständliche, nicht verhandelbare Charakteristika einer zukunftsorientierten Stadtpolitik. Unser zentrales Ziel ist nicht, die Macht zu übernehmen – vielmehr wollen wir allen Einwohner*innen [1] von Nürnberg ermöglichen, ihre kulturelle Eigenart zu leben und eigene Ideen zu verwirklichen.

Wir wollen Kontrollen und Regulierung eindämmen und eine unfruchtbare, teure und einseitige Planwirtschaft im Kulturbetrieb, wie sie heute von den städtischen Behörden betrieben wird, durch selbstorganisierte Konzepte ersetzen. Die ungehinderte Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaften ist die Grundlage unseres städtischen Gemeinwesens.

[1] Allen Einwohner*innen heißt: nicht nur denen, die Geld, Grundstücke und Einfluss besitzen. Nicht nur denen, die sich mit den Angeboten der profitorientierten Unterhaltungsindustrie zufrieden geben. Nicht nur jenen, die sich auf Kosten von Staat, Gesellschaft und Umwelt bereichern wollen.

DISCLAIMER

Wer sich ernsthaft für die Schaffung von Freiräumen und die Stärkung vielfältiger, selbstorganisierter und unabhängiger Kulturprojekte einsetzen will, muss sich mit allen Aspekten der Stadtgesellschaft auseinandersetzen.

Das Ökosystem Stadt lebt vom Diskurs und dem Ausgleich zahlreicher Interessen heterogener Gruppen auf allen Feldern der Kommunalpolitik. Dass wir uns dabei stets und eindeutig zum Antifaschismus bekennen, ist für uns absolut wichtig und so selbstverständlich wie das Atmen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Unser Ansatz zur Bewältigung von Hindernissen ist stets konstruktiv: Wir suchen nach kreativen, neuartigen, auch ungewöhnlichen Lösungen mit Weitblick, da wir Nürnberg für zukünftige Generationen nachhaltig, attraktiv und lebenswert gestalten wollen.

Zum Wohle der Gemeinschaft sind alle Bürger*innen aufgefordert, sich mit Ideen aus ihrer Lebenswelt zu beteiligen.

BILDUNG

Forderung B1: Kultur-Vernetzungsstelle für Schulprojekte

Die **politbande** plant die Einrichtung einer Vernetzungsstelle zwischen Schulprojekten und Kultureinrichtungen bzw. direkt mit Kulturschaffenden. Die Vernetzungsstelle soll von der Stadt gefördert werden, z.B. durch Räumlichkeiten und digitale Infrastruktur.

Sie intensiviert die Kommunikation von Schulen untereinander und mit verschiedensten kulturellen und kreativen Einrichtungen in Nürnberg, angefangen bei Architekten, über Schreibwerkstätten, Gartenprojekte und Kunsthandwerk*innen bis hin zu bildender Kunst, Maler*innen und Musiker*innen.

Beispielsweise könnte online ein Kulturkatalog »KuKa« entwickelt werden, mit dem Gesuche an zutreffende Institutionen, Gruppen, Kollektive oder Einzelpersonen vermittelt werden (mit Möglichkeit eines Filters oder Direktsuche).

Die Schüler*innen werden so motiviert und befähigt, ihre Schule und darüber hinaus ihre Lebensumgebung gemeinsam mitzugestalten und das Erlernete im Schulalltag anzuwenden.

Forderung B2: Kulturtag an allen Nürnberger Schulen

Im Sinne einer ganzheitlichen Lernkultur fordert die **politbande** neben dem herkömmlichen Wandertag zusätzlich einen Kulturtag an allen Nürnberger Schulen.

Stehen am Wandertag die Natur, ihre biologische Vielfalt und die Kulturgeschichte einer Region im Vordergrund, bietet ein Kulturtag die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche an das aktuelle Kunst- und Kulturangebot heranzuführen.

Zwar bieten Schulplatzmiete [1] und Kulturkarte [2] schon gute Möglichkeiten für die Dauer eines Jahres das Staatstheater und Museen in Nürnberg kostengünstig zu besuchen. Dieses Angebot spiegelt jedoch nicht einmal annähernd die Bandbreite aktueller Kunst- und Kulturaktivitäten wider, die es in der Stadt zu entdecken gibt.

Darüber hinaus werden dafür nach wie vor »Gebühren« fällig, die zwar in Anbetracht von

Kosten- und Nutzenüberlegungen überzeugen. Ein Kulturtag soll und darf aber nicht nur Schüler*innen vorbehalten sein, deren Familien es sich leisten können, oder in deren Bewusstsein Kunst/Kultur als wichtig empfunden wird, so dass es sich in ihren Augen lohnt, dafür Geld auszugeben.

Alle Schüler*innen in Nürnberg und Umgebung sollen diese Möglichkeit haben!

Der Kulturtag an allen Nürnberger Schulen wird alle gleichermaßen einbeziehen. Insbesondere soll die Offenheit und das Verständnis für die facettenreiche Kunst- und Kulturszene in Nürnberg unterstützt werden. Vielfältiges Wissen darum »was ich machen kann« wird erworben und somit die aktive Teilhabe gefördert.

Als zusätzliche Maßnahme sollte die »Kulturkarte« mit zusätzlichen Angeboten versehen werden, sodass Interessen individuell nachgegangen werden kann, die zum Beispiel an einem Kulturwandertag geweckt wurden. Dies beinhaltet Graffiti-Führungen, Poetry Slams, Ausstellungen, Nachtakademien, Architektur-Kurse, Urban-Labs, Stadtgärten, Kunstgeschichte, nachhaltige Mode und vieles mehr.

[1] www.jugendinformation-nuernberg.de/schueler-kulturkarte.html

[2] www.youtube.com/watch?v=3kIMiptX5N4

Forderung B3: Bio-Zertifizierung in städtischen Mensen und Kantinen

Gesunde Ernährung ist eine der Voraussetzungen, um als Mensch ein ausgeglichenes und zufriedenes Leben zu führen.

Die Stadt Nürnberg und die von ihr betriebenen Unternehmen (VAG, SÖR) betreibt als Arbeitgeberin diverse Kantinen und Schulmensen. Um ihrer Verantwortung für die nachfolgende Generation, als auch für Umwelt und Klima gerecht zu werden, muss die Kommune hier vorbildhaft wirken.

Daher fordert die **politbande** die Bio-Zertifizierung aller Kantinen/Mensen in Schulen, Kindergärten und an den Hochschulen. Neben einer saisonalen Ausrichtung der Speisekarte soll bei lokalen und regionalen Erzeugern eingekauft werden. Dem

Grundgedanken der Transparenz entsprechend, soll das Wissen über Zulieferer und Zubereitung allen Gästen, alt wie jung, zur Verfügung gestellt werden.

Um Menschen, die regelmäßig in einer Kantine oder Mensa essen, die Möglichkeit zu geben, vegetarisch zubereitete hochwertige Speisen kennenzulernen und somit eigene Erfahrungen mit einer nachhaltigen Ernährungsweise zu sammeln, sollen mindestens an einem Tag pro Woche – der von allen Behörden respektiert und unterstützt wird – rein vegetarische Speisen angeboten werden.

Forderung B4: Selber machen lernen

Die **politbande** steht für die Förderung von Konzepten, welche die Entwicklung der Eigen- und Selbstständigkeit von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben.

Damit sind Projekte oder Workshops gemeint, beispielsweise Koch- und Ernährungsstunden in Schülercafés und Mensen zusammen mit Ernährungswissenschaftler*innen. Oder das Handwerken und gemeinsame Reparieren in umliegenden Werkstätten und Repair-Cafés – genauso wie Re- und Upcycling in lokalen Handwerksbetrieben. Wissen um Dinge wie: Wie ist ein Fahrrad aufgebaut und wie repariere ich es?

Kurz gesagt: nützliche Skills und Wissen, mit denen mensch ein selbstbestimmtes Leben führen kann ohne andauernd alles neu kaufen zu müssen, ohne bedingungslos abhängig von der Industrie zu sein.

Ein erster Schritt zu einem selbstständigen und nachhaltigeren Leben.

Forderung B5: Halteverbot vor Schulen

Dichtes Gewusel vor dem Schultor. Verschlafene Gesichter hasten in den letzten Minuten vor dem Gong gerade noch pünktlich über die Straße zur Schule hinein. Jeden Tag gehen Schüler*innen und Lehrende durch das Schultor ein und aus. Insgesamt mehrere hundert Menschen. Sie müssen sich durch Scharen von Elterntaxis [1] durchschlängeln, die vor

dem Schultor halten – auch in zweiter Reihe – und die Straße komplett blockieren. Es gleicht einem Stau. Nur dass hier auch Menschen mit auf der »Fahrbahn« sind [2].

Das Auto-Chaos direkt vor der Schule beeinträchtigt nicht nur die Sicherheit aller Schüler*innen. Indem Kinder den Schulweg alleine bewältigen, statt von den Eltern gefahren zu werden, entwickeln sie Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein – ein Zeichen, dass die Eltern ihnen vertrauen [3]. Des Weiteren ist der Schulweg oft der Zeitpunkt, sich mit Freund*innen auszutauschen. Und in der Regel sind Schulwege nicht übermäßig lang und durchaus alleine bzw. in kleinen Gruppen zu bewältigen.

Deswegen fordern wir ein Halteverbot für Elterntaxis vor Schulen und regelmäßig entsprechende, leider notwendige Kontrollen. Alljährlich zu Schulbeginn finden entsprechende Plakataktionen vor den Schulen statt und Infoblätter werden an alle Eltern verteilt.

Kinder mit Bewegungseinschränkungen sind selbstverständlich – bereits heute – von solchen Regelungen nicht betroffen.

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Elterntaxi>

[2] www.nordbayern.de/region/forchheim/wegen-elterntaxi-chaos-frankische-schuler-demonstrieren-1.9726039

[3] www.welt.de/wissenschaft/article172953205/Schulweg-Warum-Elterntaxis-der-Kindesentwicklung-schaden.html

*Forderung B6: Mehr Mitspracherecht von Schüler*innen, Stärkung der SMV*

Die SMV (Schüler*innenmitverwaltung) und die Stadt SV Nürnberg sind bereits eine wichtige Schnittstelle zwischen Schüler*innen und Schuldirektion, und dennoch: »Sechs von zehn Kindern fühlen sich mit ihrer Meinung in der Gemeinde oder Stadt nicht ernst genommen«. [1]

Auch wenn junge Menschen noch in der Ausbildung sind, so sollten sie (Mit-)Entscheidungsträger*innen sein dürfen, die das Schul- und Gemeindeleben aktiv mitgestalten. Das Recht auf mehr Teilhabe ist ein präsentenes Bedürfnis. [2]

Die Möglichkeit zur Mitbestimmung fördert Dialog und respektvollen Umgang miteinander, ganz abgesehen von allgemeiner (politischer) Beteiligung. Mehr Gewichtung in Interessen und Bedürfnisse der Schüler*innen zu setzen, birgt viel Potential.

Mitspracherecht in: Wie und wo werden die finanziellen Mittel eingesetzt, die von der SMV verwaltet werden? Können Lehrpläne und Lehrangebote gestaltet werden, die näher an der Lebensrealität der Schüler*innen orientiert sind?

Das bedeutet folglich nicht nur Schüler*innen allgemein mehr Mitspracherecht anzuvertrauen, sondern auch die Rolle der SMV in ihren Kompetenzbereichen zu stärken. Es gibt bereits Schulen, an denen eine aktivere Schüler*innen-Beteiligung stattfindet und die als Rolemodel dienen können. So lässt die Stadt Arnsberg die Ideen und Wünsche der Jugendlichen stetig in die Entwicklung der Stadt und ihrer kulturellen Angebote einfließen. Aus dem Projekt "Generation Zukunft Arnsberg" ist so eine Jugendbürgerstiftung entstanden. [4]

Die **politbande** fordert die Förderung solch demokratischer Schul-Strukturen – zu schulspezifischen, sowie zu städtischen Themen. Es ist ein große Chance der Schulen, diese wichtige Möglichkeit aktiv zu vermitteln. Schüler*innen haben ein Recht ihre Zukunft mit zu gestalten!

[1] www.news4teachers.de/2018/07/kinder-wollen-mitbestimmen-erwachsene-hoeren-nicht-zu-politikverdrossenheit-bei-schuelern-steigt/

[2] www.deutschlandfunk.de/demokratie-an-der-schule-mehr-mitspracherecht-fuer-schueler.680.de.html?dram:article_id=380670

[3] egwoerth.de/index.php/schulgemeinschaft/schuelervertretung

[4] www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/arnsberg-generation-zukunft

[5] www.deutschlandfunk.de/demokratie-an-der-schule-mehr-mitspracherecht-fuer-schueler.680.de.html?dram:article_id=380670

Forderung B7: Medienkompetenzförderung

Wir fordern, dass es interdisziplinäre IT- und Medienkompetenzförderung an allen Schulen

der Stadt Nürnberg geben soll (vgl. [1] und [2]).

[1] www.wapoid.de/kompetenzen-im-21-jahrhundert/

[2] www.ihk-krefeld.de/de/media/pdf/international/interkulturelle_kompetenz/interkulturelle_kompetenz/interkulturelle_kompetenz_schlueselkompetenz21jh.pdf

Forderung B8: Ausbau städtischer KiTa-Plätze

Wir denken, dass das erste und wichtigste Ziel von KiTas darin liegt, Kindern demokratische Werte wie Fairness oder Gerechtigkeit zu vermitteln. Bereits die Kleinsten können hier lernen, wie jede*r ihre oder seine Fähigkeiten zum Wohl der Allgemeinheit entwickeln und einsetzen kann. KiTas sind Orte, an dem die Grundlage für ein demokratisches, gerechtes und menschenfreundliches Gemeinwesen geschaffen wird!

Deshalb wird die **politbande** dafür sorgen, dass in den KiTas in Kooperation mit freien Theatergruppen, Autor*innen, Musiker*innen und Tänzer*innen verstärkt kulturelle Früherziehung stattfindet. Die Arbeit in der Gruppe trägt wesentlich zur sprachlichen und sozialen Entwicklung der Kinder bei [1].

Zur Anerkennung der Wichtigkeit der frühkindlichen Erziehung gehört die angemessene Entlohnung von Erzieherinnen, die angesichts der gewaltigen Verantwortung für zukünftige Generationen nicht hinter der eines*r berufsmäßigen Stadträt*in zurückbleiben sollte.

Die **politbande** will eine Vernetzungsstelle schaffen, wo sich Kreative und Erzieher*innen, aber auch Menschen im Ruhestand, die gerne mit Kindern arbeiten, austauschen und zusammenschließen können.

[1] www.tagesspiegel.de/wissen/rolle-der-kuenstlerischen-faecher-in-der-schule-kunst-ist-mehr-als-musizieren-und-malen/22653412.html

Forderung B9: Ein jährlicher Gesundheitstag an allen Nürnberger Schulen, Kitas und Kindergärten

Die **politbande** fordert einen Gesundheitstag in allen Bildungseinrichtungen in Nürnberg, um das Verständnis für die eigene Gesundheit sowie für die aktuellen Herausforderungen beim Thema Gesundheit angemessen ins Bewusstsein zu rufen.

Dieser Tag könnte an den Weltgesundheitstag am 7. April anknüpfen und hätte somit auch globalen Bezug.

»Die Weltgesundheitsorganisation legt jährlich ein neues Gesundheitsthema von globaler Relevanz für den Weltgesundheitstag fest. Ziel ist es dabei, dieses aus der Sicht der WHO vorrangige Gesundheitsproblem ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu rücken.« [1]

[1] www.weltgesundheitstag.de/cms/index.asp?wgt-who

Forderung B10: Einrichtung eines städtischen Ferienheims mit Lehrbauernhof

Die **politbande** plant die Einrichtung eines städtischen Ferienheims mit Lehrbauernhof. Konkret soll die Stadt ein großes Anwesen/Dorf im Nürnberger Land kaufen und betreiben.

Dort sollen für Jugendliche kostenlose Sommer- Camps mit Wild-Wald-und-Flur-Experience angeboten werden: in der Hersbrucker [1] oder Fränkischen Schweiz – um die nächste Generation von Stadtbewohner*innen mit der freien Natur vertraut zu machen und ein Bewusstsein für die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu schaffen. Darüber hinaus lernen die Schüler*innen aus verschiedenen sozialen Zusammenhängen gemeinsam Tätigkeiten wie Gärtnern, Kochen, Putzarbeiten oder Holzbearbeitung kennen, was für eine spätere Berufswahl äußerst wertvoll sein kann.

Unterstützt werden soll die Planung und Realisierung eines ökologisch wirtschaftenden Anwesens im Umland durch Nürnberger Kollektive, die über Erfahrung und Know-how verfügen.

[1] www.muehlenkraft.de/start.html

DIGITALES

Forderung D1: Freies WLAN ist freies WLAN ist freies WLAN!!

Anders gesagt: Es kann doch nicht wahr sein, dass in einer Großstadt mit über 530.000 Einwohnern noch im Jahr 2020 kein flächendeckendes freies WLAN existiert. Die Burg ist ein paar Hundert Jahre alt – o.k. Aber muss das auch die städtische IT sein?

Dass das Netz außerdem ausreichend schnell (breitbandig) ist, um alle Bedürfnisse einer digitalen Wirtschaft zu befriedigen, erachten wir für selbstverständlich.

Forderung D2: Sichtbarmachung von Initiativen zur digitalen Bildung

Die Wirtschaft im 21. Jahrhundert stellt hohe Anforderungen an die digitalen Fähigkeiten der gesamten Bevölkerung. Daher gilt es, digitale Bildung in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Die **politbande** fordert ein breit angelegtes und mit den notwendigen Mitteln ausgestattetes Programm zur Sichtbarmachung von Initiativen zur digitalen Bildung. Es gibt viele engagierte, gut ausgebildete und fähige Menschen in Nürnberg, die einerseits ihr Wissen weitergeben wollen oder die sich andererseits laufend weiterbilden wollen (siehe zwei zufällig ausgewählte Beispiele [1, 2]). Für private wie berufliche Zwecke.

Aufgabe der Kommune ist es, diese Ressourcen in der Stadtgemeinschaft bekannt zu machen, die einzelnen Initiativen zu vernetzen, den engagierten Bürger*innen Zugang zu Infrastruktur und Räumen zu verschaffen und der Wichtigkeit des in einer Kommune vorhandenen digitalen Wissens entsprechend Wertschätzung zu zollen.

Damit Nürnberg auch in Zukunft den Ruf behaupten kann, eine Stadt des Witzes und der schlaunen Köpfe zu sein, die stets die modernste Technologie zum Nutzen von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt.

[1] www.nuernberg.de/internet/paedagogisches_institut/

[2] www.shiftschool.de/

Forderung D3: Digitalbeauftragte an allen Schulen

Einführung und Ernennung von Digitalbeauftragten an allen Schulen. Digitalisierung hat wie alles zwei Seiten. Kinder sammeln heute bereits im Grundschulalter erste Erfahrungen im Internet. Dies bietet Chancen aber auch Gefahren. Es ist wichtig, dass Schüler*innen so früh wie möglich den verantwortungsvollen Umgang mit den Möglichkeiten des Internets erlernen.

Daher fordert die **politbande** die Schaffung von Stellen für Digitalbeauftragte an allen Nürnberger Schulen.

Diese Positionen sollen ausdrücklich nicht in Zusammenarbeit mit Stiftungen oder Firmen geschaffen, sondern zu 100% von der Stadt finanziert werden. So soll sichergestellt werden, dass keine Interessensgruppe in die Versuchung kommt, den Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen für politische oder wirtschaftliche Zwecke auszunutzen. Genauso wenig haben Vertreter*innen der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen auf dem gesamten Gebiet der Stadt der Menschenrechte nichts zu suchen. Aber das ist ein anderes Thema.

Forderung D4: Barrierefreiheit aller digitalen Angebote der Stadt Nürnberg

Der digitale Zugang zur kommunalen Verwaltung muss ausnahmslos barrierefrei gestaltet werden. Das Gleiche gilt für die Informationen über Veranstaltungen des Amtes für Kultur und Freizeit wie auch für sämtliche Bildungsangebote und alle Aktivitäten in Zusammenhang mit den Partnerstädten. Nicht zuletzt müssen auch die Vorlagen und Beschlüsse aus den Gremien und dem Stadtrat für alle Bürger*innen ohne Hindernisse zugänglich sein.

Ausnahmslos alle Mitbürger*innen haben ein Recht auf vollen Zugriff zu sämtlichen digitalen Leistungen, welche die Stadt Nürnberg in Zusammenarbeit mit den Ämtern, den stadteigenen Betrieben wie N-Ergie oder SÖR und anderen anbietet. Daher muss der Zugang für alle Menschen ungeachtet körperlicher, seelisch-psychischer oder geistig-

kognitiver Einschränkungen in jedem Fall gewährleistet sein.

Nur wenn der Zugang zu Verwaltung und Informationen barrierefrei gestaltet wird, ist garantiert, dass wir in einer gleichberechtigten und intakten Stadtgemeinschaft leben. Dafür setzt sich die **politbande** aktiv im Stadtrat ein.

Forderung D5: Unterstützung von Digitalisierungsmaßnahmen gemeinnütziger Initiativen

Die **politbande** fordert die Einführung eines Fördertopfes, aus dem gezielt gemeinnützige Initiativen unterstützt werden, die ihre Aktivitäten (auch) im digitalen Raum organisieren wollen.

Wer sich mit seiner/ihrer Tätigkeit für die Gemeinschaft nützlich machen will, hat es verdient, von der Gemeinschaft unterstützt zu werden.

Sowohl bereits existierende wie neu entstehende gemeinnützige Initiativen sind darauf angewiesen, im digitalen Raum vertreten zu sein. Die Darstellung der verschiedenen Anliegen in den sozialen Medien ist dabei ebenso wichtig wie die Organisation der Aktivitäten - Termine, Veranstaltungen, Informationen, Kontakte.

Die **politbande** fordert daher die Einführung eines Fördertopfes speziell zur Unterstützung von Digitalisierungsmaßnahmen gemeinnütziger Initiativen. Hieraus können Investitionen, sowie laufende Kosten finanziert werden, die von den meist ehrenamtlichen Initiativen nicht selbst zu stemmen sind.

Forderung D6: Zentrale städtische Open-Data Plattform

Die **politbande** fordert die Einführung einer zentralen städtischen Open-Data Plattform. Genauso wie alle übrigen digitalen Angebote und Portale soll die Plattform zu allererst barrierefrei und benutzerfreundlich gestaltet sein [1].

Eine öffentliche Open-Data Plattform befreit ehrenamtliche Initiativen, Kulturschaffende und Ideenverwirklicher*innen von der Abhängigkeit von den kommerziellen Angeboten der großen Daten-Monopolisten.

Die für alle verfügbare Plattform führt das Konzept des Marktplatzes in die digitalen Räume fort. Hier wie dort ist der Zweck, dass sich Menschen zwanglos begegnen, austauschen und gemeinsame Projekte starten.

[1]

www.nuernberg.de/imperia/md/digitales_nuernberg/dokumente/insek_digitales_nurnberg_teil_1_strategische_leitlinien.pdf

[2] Vergleiche Teilhabe, Forderung 3.

KULTUR

Forderung K1: Kontinuierliche runde Tische

Die Praxis der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Entscheidungsträger*innen innerhalb der Stadtverwaltung oft nicht über aktuelle Informationen über die Aktivitäten der subkulturellen Szene verfügen. Daher ist eine Intensivierung des Austausches von großer Wichtigkeit.

Es geht nicht um Einmischung einer Seite in die Angelegenheiten der anderen, sondern um rechtzeitige Koordinierung. Sowohl was das Programm als auch was veranstaltungsrechtliche Aspekte und verfügbare Immobilien angeht.

Wir fordern daher kontinuierliche runde Tische mit Vertreter*innen aus der freien Szene und der städtischen Verwaltung. Diese sollten regelmäßig, z.B. monatlich zusammen kommen und langfristig ein vertrauensvolles Verhältnis entwickeln.

Forderung K2: Angleichung der Förderung von Soziokultur an die Hochkultur

Die Kosten, die in der Oper und im Schauspielhaus für die Kommune entstehen, übersteigen die Gesamtsumme, die im Kulturretat für freie Einrichtungen vorgesehen ist, um ein Vielfaches. Zum Beispiel bezuschusst die Stadt Nürnberg jeden Sitz im Opern/Schauspielhaus mit über 60 Euro [1].

Für die viele, insbesondere jüngere Einwohner*innen der Stadt, die nicht an hochpreisigen Darbietungen klassischer Stoffe interessiert sind, stellt dies eine gewaltige Ungerechtigkeit dar. Es ist nicht einzusehen, dass mit öffentlichen Geldern eine bestimmte Klientel unterstützt wird, die typischer Weise eher jenseits der Lebensmitte anzusiedeln und definitiv alles andere als schlecht betucht ist.

Die **politbande** hat sich eine Angleichung der Bezuschussung in ALLEN Sparten, vom Hip Hop bis zur Strawinski-Oper auf die Fahnen geschrieben [2].

[1] www.nuernberg.de/imperia/md/stadtfinanzen/dokumente/was_kostet_nuernberg.pdf

[2] Die Stadt schenkt den ca. 290.000 Besuchern des Staatstheaters zusammengerechnet mehr als 17

Millionen Euro (!) im Jahr. Wir beabsichtigen, mindestens die Hälfte dieser Summe zukünftig zur nicht zweckgebundenen Förderung von freien Gruppen und Initiativen (Musik, Literatur, Gonzo-Journalismus, Podcast, Integration, Tanz, usw.) auszugeben.

Forderung K3: Bereitstellung von Freiräumen zur Bespielung

Kulturinitiativen können weder existieren und schon gar nicht erst entstehen ohne entsprechende Freiräume zur Bespielung.

Daher fordert die **politbande** die Freigabe von kommunalen Flächen zur künstlerischen Gestaltung. Leerstehende Gebäude, aber auch unbenutzte Grundstücke und Brachflächen sollen, wann immer ansatzweise geeignet und so zeitnah wie möglich, selbstorganisierten Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise in Dresden wurde dieses Bedürfnis bereits erkannt und seitens der Stadt entsprechend darauf reagiert [1].

Auch kurzfristige Nutzungen für wenige Monate sind interessant, z.B. für Musiker*innen oder freie Theatergruppen. Die Nutzung soll dabei so wenig wie möglich durch bürokratische Hürden eingeschränkt werden, beispielsweise durch baurechtliche Vorschriften wie die Mindestanzahl von Fahrradständern.

[1] www.dresden.de/de/wirtschaft/wirtschaftsstandort/branchenvielfalt/kulturwirtschaft/kreativraumboerse.php

Forderung K4: Bestandschutz von Kulturräumen

Die **politbande** fordert einen Bestandschutz von freien und/oder selbstorganisierten Kulturräumen.

Dieser Schutz muss seitens der Stadt garantiert werden, um den Kultureinrichtungen Kontinuität in der Finanz- und Programmplanung zu gewährleisten. Dies gilt vor allem in Hinblick auf Anwohner*innen, die gastronomische Betriebe, Bühnen und Clubs mit Klagen überziehen.

Kulturelles und lebendiges (Nacht-)Leben macht eine Stadt aus! Und geht daher vor überzogenen individuellen Empfindlichkeiten. Nachtruhe ist in städtischen Quartieren,

insbesondere in einschlägigen Straßen und Vierteln kein verbrieftes Recht.

Wer Ruhe möchte, sollte nicht versuchen die Stadtgesellschaft dem eigenen Wunsch nach Stille gehorchend anzupassen. Sondern sich vorher überlegen, ob ein Stadtviertel reich an (Nacht-)Kultur das Richtige für einen ist.

*Forderung K5: Öffnung bestehender Kulturplattformen für lokale Künstler*innen*

Von der Stadt unterstützte oder geförderte Kulturplattformen wird die **politbande** deutlich mehr als bisher für lokale Künstler*innen öffnen.

Insbesondere gilt dies für das Bardentreffen, die Kunsthalle, das KuKuQ, das Klassik Open Air und die Blaue Nacht, die mit öffentlichen Mitteln von der Stadt Nürnberg organisiert oder unterstützt werden. Hier sind lokale Künstler*innen bevorzugt ins Programm einzubeziehen, im Idealfall bereits bei der Planung.

Die **politbande** macht sich dafür stark, dass auf dem Bardentreffen wieder zu einem bedeutsamen Teil Musik von Nürnberger*innen für Nürnberger*innen gespielt wird.

Forderung K6: Entkriminalisierung der Clubszene

Die **politbande** fordert, dass die Stadt alle Anstrengungen unternimmt, um in Zusammenarbeit mit den Behörden und der Polizei die Clubszene zu entkriminalisieren.

Nachtleben ist nicht illegal! Der Stadtrat und die Nürnberger Verwaltung sind auch Vertreterinnen der lokalen Clubbetreiberinnen und müssen daher sowohl Veranstalterinnen als auch Besucherinnen unterstützen, für die Tanzkultur ein wichtiger Teil ihres Lebens ist.

Clubs stehen für ein weltoffenes, diverses und friedliches Leben - bei Nacht - und sind seitens der Kommune in allen Aspekten zu fördern anstatt zu bekämpfen. Dies schließt einen konstruktiven Umgang mit Öffnungszeiten ebenso ein, wie die Geltendmachung des Grundrechtes zur freien künstlerischen Betätigung.

Die **politbande** sieht die Stadt insbesondere verpflichtet, in dieser Hinsicht auch auf die Polizeibehörden einzuwirken. Die sich im Übrigen besser darauf konzentrieren sollten, Falschparker*innen, Raser*innen, Autoposer*innen, Fahrraddieb*innen, Nazis, Einbrecher*innen, Vergewaltiger*innen und Wirtschaftskriminelle im Business-Anzug zu verfolgen.

Forderung K7: Umbau von Kulturstätten – weniger Bürokratie, mehr städtische Hilfe!

Die **politbande** steht für den Abbau einer hypertrophen Verwaltung und Stärkung der Bürger*innen. Es ist im eigentlichen Interesse der ganzen Stadtgemeinschaft, dass freie Kulturinitiativen sich so ungehindert wie möglich entfalten können. Somit ist es Auftrag der Stadt und ihrer verwaltenden Einrichtungen, in allen Fällen zugunsten einer subkulturellen Aktivität zu entscheiden.

Ohne die Sinnhaftigkeit der Versammlungsstättenverordnung [1] an sich in Zweifel zu ziehen, zeigt die praktische freie Kulturarbeit immer wieder, dass etliche Maßnahmen und Forderungen rein bürokratisch, übertrieben und destruktiv sind. Daher fordern wir konstruktive Hilfe bei geforderten Umbauten zur Versammlungsstättenverordnung seitens der Stadt.

Dies kann geschehen, indem der Stadtrat, der das oberste Entscheidungsgremium unserer Kommune ist, den untergeordneten Behörden sowohl die Pflicht auferlegt, sich wohlwollend und Hindernisse beseitigend gegenüber Antragstellern*innen aus der subkulturellen Szene zu verhalten, als auch den betreffenden Ämtern und Referaten den Rücken stärkt und wie ein echter Souverän Verantwortung übernimmt.

Denn die Last einer Entscheidung zugunsten einer selbstorganisierten Einrichtung darf nicht auf Sachbearbeiter*innen und Assistent*innen abgelegt werden, sondern muss von der Gemeinschaft der Bürger*innen getragen werden. Dies hat natürlich etwas mit der Frage zu tun, ob die demokratisch gewählten Repräsentant*innen oder eine ausufernde Bürokratie die Stadt regieren.

[1] www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVStaettV

Forderung K8: Werbeflächen in der Stadt reformieren

Gerade die großen Plakatwände, Litfaßsäulen und andere Flächen prägen zu einem bedeutsamen Teil das Stadtbild. Leider werden diese oft von großen Konzernen belegt, die keinerlei Rücksicht auf die Erscheinung von Nürnberg in den Augen von Einheimischen oder Besucher*innen nehmen. Die Stadt unterwirft sich auch hier dem Druck eines ungehemmten Kommerzes ohne Rücksicht auf die Interessen oder Bedürfnisse der Bevölkerung.

Die **politbande** will die visuelle Verschmutzung der Stadt insgesamt reduzieren, die in gleichem Maße wie Lärm und Abgase die Lebensqualität beeinträchtigt.

Umgekehrt sollen sogenannte wilde Plakatflächen, die im Konsens mit den Gebäudebetreibern stehen, legalisiert werden, um lokalen Gruppen und Künstler*innen eine Möglichkeit zu schaffen, optisch »zu Wort zu kommen«. Insbesondere sollen aus vielen, bisher kommerziell genutzten Werbeflächen frei gestaltbare Flächen für alle gemacht werden, zum Beispiel in einer intensiven Kooperation mit der Akademie der Bildenden Künste.

Forderung K9: Sperrzeiten reformieren

Ein wesentlicher Indikator für ein progressives Kulturleben in einer Stadt ist das Nachtleben. Alles, was vor 22 Uhr geschieht, ist provinziell - dafür muss kein Mensch aus seiner Kleinstadt nach Nürnberg umsiedeln.

Einem lebendigen, pulsierenden Nachtleben stehen naturgemäß die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung auf Nachtruhe entgegen. Hier sind Kompromisse zu schließen, jedoch gilt das für beide Seiten - eine Null-Toleranz-Politik für Clubs und Bars ist ungerecht.

Wir fordern eine Abschaffung der Sperrzeitenregelung in der weiteren Innenstadt sowie außerhalb von Wohngebieten. In den anderen Stadtgebieten müssen flexiblere Regelungen greifen, zum Beispiel das Recht auf eine Verkürzung der Sperrzeiten zwei

mal im Monat sowie an bestimmten Feiertagen. Diese Forderung wird vom Gesetz gedeckt, das in Bayern eine Sperrstunde für Gaststättenbetriebe von 5 bis 6 Uhr morgens vorsieht [1]. Die Stadt Nürnberg weitete allerdings diese Zeiten in eigenem Ermessen stark aus [2].

Kompromissbereitschaft bedingt eine Sensibilisierung auf beiden Seiten. Menschen, die in ein Viertel mit lebendiger Nachtkultur ziehen, müssen über diese Gegebenheiten vorab informiert werden und gelegentliche Störungen, insbesondere saisonaler Art, tolerieren. Wenn an zwei Abenden im Hochsommer auf einem Platz gefeiert wird, ist das kein Weltuntergang! Andererseits sind die Veranstaltenden verpflichtet, den Nachtschwärmerinnen die Bedürfnisse der Anwohnerinnen zu verdeutlichen und ein achtsames Heimkommen auf Nachtkatzenpfoten zu empfehlen.

[1] www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayGastV-7

[2] www.nuernberg.de/internet/ordnungsamt/sperrzeiten.html

ÖKOLOGIE & MOBILITÄT

Forderung ÖM1: Autofreie Zone innerhalb des äußeren Rings

Wir treten für eine autofreie Zone innerhalb des äußeren Rings vom Stresemannplatz bis Maximilianstraße, vom Aufsessplatz bis Friedrich-Ebert-Platz, von Sankt Peter bis Westfriedhof bis 2030 ein.

Weltweit haben viele Kommunen bereits erkannt, dass der unbegrenzte Zugang von Autos ins Zentrum unzählige Probleme verursacht und niemandem wirklich nützt. Individualverkehr in den Innenstädten kostet Flächen in unerträglichem Ausmaß (je nach Berechnungsweise 20% oder mehr! [1]), abgestellte Blechkisten dominieren den visuellen Raum, rund um die Uhr verschmutzen Verbrennungsmotoren die Luft, produzieren Lärm, Feinstaub und Abrieb.

Hiergegen setzt die **politbande** auf maximale Reduzierung der Zufahrtsmöglichkeiten, die Abschaffung sämtlicher Parkplätze innerhalb der Stadtmauer und intelligente, nachhaltige Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr.

Es gilt, die Stadt aus der Okkupation durch das Auto zu befreien und für die Menschen zurückzuerobern [2].

[1] www.zukunft-mobilitaet.net/.../parkraum-abloesebetrag-parkg.../

[2] vcd.org/.../Fussv.../2016_Position_Rueckerobderung_der_Stasse.pdf

Forderung ÖM2: Kostenloser ÖPNV im gesamten Gebiet des VGN

Die **politbande** fordert kostenlosen ÖPNV im gesamten Stadtgebiet Nürnberg-Fürth-Stein.

Eine spürbare Verringerung des Autoverkehrs ist nur dann erreichbar, wenn die Vorteile der Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels deutlich überwiegen. Insbesondere muss der finanzielle Anreiz - die Belohnung dafür, das Auto stehen zu lassen - mehr als marginal sein. In der logischen Konsequenz muss der Nahverkehr im gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes kostenlos werden: Interessanter geht dann nicht mehr!

Dass anfangs die Kosten auf die Stadt zurückfallen ist nicht zu leugnen, aber auf Dauer

wird sich diese Maßnahme auszahlen. Die Kosten für Straßeninstandhaltung, Verkehrsregelung und Überwachung, für Unfälle, Luftverschmutzung und Flächenverbrauch werden mit der Zurückdrängung des Autos ebenfalls sinken und damit die Allgemeinheit entlasten [1].

Zudem ist mit Zuschüssen aus Landes- und Bundesmitteln zu rechnen, da die Verkehrswende in Europa bereits im Kommen ist [2].

[1] www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/kostenloser-nahverkehr-oepnv-finanzierung-nachhaltigkeit-stadtverkehr/seite-2

[2] www.spiegel.de/auto/aktuell/autofrei-wie-staedte-versuchen-strassen-mit-leben-zu-fuellen-a-1284291.html

Forderung ÖM3: Ausbau der Straßenbahn, kein Bau weiterer U-Bahn-Stationen

Die Nürnberger U-Bahn ist unflexibel, unrentabel und technisch aufwendig. Noch heute wird das Streckennetz nach Plänen aus den frühen 1980er Jahren ausgebaut. Die damaligen Konzepte haben keinen Bezug mehr zur heutigen Realität – was auch ein Grund dafür ist, dass der Verkehr oberirdisch auch dort stark zunimmt, wo unter der Straße teure U-Bahnen fahren.

Moderne Straßenbahnsysteme wie die Translohr-Einschienebahn (Padua, Venedig, Shanghai, Medellin [1]) sind ideal an die Erfordernisse einer historischen Altstadt (enge Straßen, Kopfsteinpflaster, Stromversorgung ohne Störung der Baudenkmäler) angepasst.

Nürnberg war 1835 ein Vorreiter der damals brandneuen Technologie »Eisenbahn«, einem umweltfreundlichen, gemeinschaftlichen und ästhetischen Transportmittel für Güter, Tiere und Personen. Mit der Massenmotorisierung in den 1960ern wurde diese wertvolle Infrastruktur zerstört und die Stadtbevölkerung vom Automobil-Faschismus unterjocht. Das wollen wir rückgängig machen.

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Translohr>

Forderung ÖM4: Stadtkanal statt A73

Autobahnen haben keine Zukunft! Wer die Staus an den Ausfahrten Janssenbrücke oder Großreuth kennt, weiß, wie effektiv die 600 Mio. Euro den Verkehrsinfarkt lösen werden, nämlich gar nicht. Wir müssen fort vom "Mehr Autos-Mehr Straße"-Denken. Warum nicht Nürnberg zu einem Spitzenreiter des neuen Jahrtausends machen, indem der Verkehr auf eine zentrale Wasser-Achse von Poppenreuth bis zum Dianaplatz verlagert wird?

Wir fordern den Stopp jeglichen Ausbaus des Frankenschnellwegs! Stattdessen städtebauliche Konzepte wie einen Boulevard oder eine Kanallandschaft (vgl. [1])

Der NÜRNBERG-FÜRTHNER STADTKANAL sorgt für saubere Luft, drastisch weniger Lärm und frische Natur auf einem Streifen von über 20 Kilometern Länge. Die Belästigung von Zehntausenden Anwohner*innen durch Straßenverkehr wird der Vergangenheit angehören. Null Abrieb, kein Feinstaub, keine Unfälle. Die halbe Stadt wird mit einem Schlag ökologisch und sozial um Größenordnungen aufgewertet [2].

Noch wichtiger als die Belästigungen, die man beseitigt, sind die Möglichkeitsräume, die sich öffnen. Auf 20 Kilometern Länge entsteht das Sozio-Biotop WIRTSCHAFTSUFER NORIS, das Ökonomie, Ökologie und kulturelle Freiräume bündelt.

Hier werden Boote designt, gebaut, repariert, verliehen. Hier wird die autonome Steuerung des Bootsverkehrs programmiert, werden die Logistiknetzwerke gepflegt. Alle Boote sind elektrisch und fahrerlos. Es gibt kleine Transporter für Handwerker, Expresslieferungen und individuelle Zustelldienste, mittlere für Paketdienste und große für die Lasten. Ferner verschiedene Schiffsbusse für Pendler*innen, computergesteuerte Wassertaxis, Großgruppenboote, Ausflugsschiffe.

Rechner regeln bedarfsgemäß die Slots für Fahrstrecken und -zeiten, vermitteln zwischen Berufsverkehr und Freizeit-Sport. Angel- und Baderechte können parzellenweise verpachtet, aber Parzellen weder zusammengelegt noch verkauft werden. Sie bleiben Eigentum der gemeinnützigen NÜRNBERG-FÜRTHNER-STADTKANAL-Betreiber-Genossenschaft.

[1] www.bund-naturschutz.de/verkehr/strasse/frankenschnellweg/frankenboulevard.html

[2] <https://opencall.n2025.de/items/34378>

Forderung ÖM5: Vorfahrt für Fahrräder im gesamten Stadtgebiet

Dies geschieht durch Anpassung der Ampelschaltungen für den Radverkehr und Schaffung von reinen Fahrradstraßen! (zügig dem Vorbild anderer Großstädte folgend [1-3]).

Zugleich sollen Anreize geschaffen werden, den Autoverkehr schrittweise zu verringern. Zum Beispiel durch

- Einführung von Emissionsausgleichszahlungen: Firmen, die Parkplätze anbieten und somit Autos in die Stadt locken, zahlen an die Stadt für die Schaffung von Grünanlagen.
- Belohnung für die Mitnahme anderer Personen: Je mehr Menschen in einem Auto sitzen, desto billiger wird das Parkticket.
- steuerliche Anreize für Handwerker und Gewerbetreibende zur Anschaffung kleinerer und leichter Transportfahrzeuge mit E-Antrieb oder Lastenräder.
- Preisunterschiede: kleinere Fahrzeuge werden bevorzugt, indem die Parkgebühren mit der Stellfläche exorbitant ansteigen.

[1] www.zeit.de/mobilitaet/2019-05/verkehrswende-mobilitaet-fahrradstadt-berlin-radwege-verkehrsplanung

[2] <https://ottensenmachtplatz.de/>

[3] www.bewelo.de/

Forderung ÖM6: Lastenradrennen statt Norisring

Wir werden das Norisring-Rennen ab 2021 durch ein Lastenrad-Rennen ersetzen!

Den wirtschaftlichen Nutzen der Deutschen Tourenwagen-Meisterschaft und anderer auf dem sogenannten Norisring für die Bürger halten wir mindestens für fragwürdig, die ökologischen Auswirkungen sind zweifellos katastrophal.

Wir wollen exakt das Gegenteil verwirklichen: Nürnberger Bürger*innen treten gegeneinander beim Lastenradrennen an, die Veranstaltung wird begleitet von Fahrrad-Workshops, Reparatur-Cafés und Tausch-Börsen. Alles nachhaltig, ohne Verpackungsmüll und Verbrennungsmotoren, interessant für alle Familienmitglieder.

Hinterher wird gemeinsam aufgeräumt und auf diese Weise der zuvor beliebige Veranstaltungsort zum eigenen, ganz persönlichen Erlebnisraum erklärt und wertgeschätzt.

Forderung ÖM7: Ursachenbekämpfung: Alternativen zum Fahren

Eine zentrale Ursache aller Verkehrsprobleme [1] ist, dass zu viele Menschen täglich von einem Ort zum anderen fahren .

Wir wollen dieses Phänomen eingehend untersuchen lassen und das Verkehrsproblem reduzieren, indem generell weniger gefahren wird oder gefahren werden muss.

Wie können Firmen das Pendeln ihrer Mitarbeiter*innen reduzieren? Beispielsweise, indem gezielt home office-Tage eingeführt oder lokale CoWorking Spaces [2] gefördert werden, so dass Fachkräfte flexibel an ihrem Wohnort arbeiten können und nicht wertvolle Zeit mit dem Transport ihrer Körper über große Distanzen vergeuden müssen.

Generell soll die Stadt spezielle Job- & Wohnungs-Börsen entwickeln, die zum Tausch äquivalenter Verhältnisse einladen: Ziel ist, dass so viele Menschen wie möglich wieder da wohnen, wo sie arbeiten. Übrigens keine neue Idee, sondern bis vor wenigen Jahrzehnten Grundprinzip der Stadt - die Konzentration von Wissen und Arbeitskraft an einem Ort als Voraussetzung zum effizienten Wirtschaften (siehe z.B. Fabrikarbeiter-Siedlungen, Handwerker-Höfe, Angestelltenwohnungen).

Die **politbande** will Ursachen auf wissenschaftlicher Grundlage zusammen mit den Hochschulen des Großraums analysieren, neue Ideen schnell erproben und im Erfolgsfall dauerhaft umsetzen.

[1] www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_abb_anstieg-suv_art-tats-nutzung_2019-06-05.pdf

[2] <https://de.wikipedia.org/wiki/Coworking>

Forderung ÖM8: Städtische Einrichtungen müssen plastikfrei einkaufen

Auch die größte Veränderung beginnt mit kleinen Schritten. Die flächendeckende Verschmutzung unserer Umwelt mit Plastikabfällen ist kein Problem der Schwellenländer oder von Diktaturen.

Gerade der massenhafte Konsum einer Stadtbevölkerung im Zeitalter des exzessiven Turbokapitalismus verursacht riesige Mengen an Plastikabfällen – Gurken in Plastikfolie, doppelte und dreifache Strohhalme im Cocktailglas und Wegwerf-Kaffeebecher sind nur die prominentesten Beispiele.

Wir fordern, dass sich sämtliche städtische Einrichtungen verpflichten, wo immer es möglich ist, plastikfrei einzukaufen.

Wer nicht rechtzeitig für saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Erde sorgt, wird früher oder später im Dreck ersticken. Nürnberg als Stadt, die auch für die kommenden Generationen lebenswert bleiben will, muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

RÄUME

Forderung R1: Wohnraum ist kein Spekulationsgut: Enteignungen ermöglichen

Während in anderen Städten inzwischen intensiv über Enteignung als politisches Mittel gegen hohe Mieten und spekulativen Leerstand diskutiert wird und in Berlin inzwischen im Sinne der Mieterinnen gehandelt wird, schweigt sich die Nürnberger Politik zu diesem Thema aus. Dabei steigen auch in Nürnberg seit Jahren die Mieten. Wenn sich an dem Zustand nichts ändert, werden Geringverdienerinnen bald aus dem Stadtgebiet verdrängt. Die Stadt muss dringend Handlungsfähigkeit beweisen, und die Enteignung erscheint hierbei als geeignetes Mittel [1].

Statt aber eine konkrete Immobiliengesellschaft zu enteignen, fordern wir das Instrument als dauerhafte Strategie anzuwenden.

Die Stadt Nürnberg schafft Strukturen, mit welchen Immobilien, die seit mehr als zwei Jahren grundlos leer stehen oder deren Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um mindestens 4€ pro Quadratmeter übersteigt, zügig in kommunales Eigentum zu überführen.

Die reine Möglichkeit der Enteignung soll Vermieter*innen zur Selbstregulierung anregen. Sollte das nicht funktionieren, dann muss die Stadt Enteignungsbedarf anmelden.

[1] www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/baurecht/grund/baurechtenteignung.html

Forderung R2: Kommunales und genossenschaftliches Immobilieneigentum statt freiem Markt

Wir möchten, dass dem kommerziellen Markt in angemessenem Maß Immobilien entzogen werden. Nicht die Gewinnmaximierung von Investor*innen und Immobilienunternehmen, sondern das Bedürfnis nach gutem und angemessenem Wohnraum soll im Mittelpunkt stehen.

Daher fordern wir, dass neben der Stadt auch Genossenschaften und

gemeinwohlorientierte Vereine und sogenannte Mietshaussyndikate [1] ein Vorkaufsrecht auf Immobilien erhalten.

[1] www.syndikat.org/wp-content/uploads/2017/02/broschuere_nr7.pdf

Forderung R3: Brauereibindung abschaffen

Schon absurd, dass für einige Kneipen immer noch die Brauereibindung existiert. Weil im Grundbuch mal vermerkt wurde, dass vor 100 oder mehr Jahren eine Brauerei die Einrichtung einer Kneipe spendierte, sind Gastronom*innen zum Teil heute noch gezwungen, Bier einer bestimmten Brauerei abzunehmen.

Wir fordern, die Brauereibindung ersatzlos aus dem Grundbuch zu streichen.

Eine Abschaffung ist längst überfällig. Sie bewirkt eine Verbesserung der Chancen kleiner Brauereien und beseitigt somit einen unfairen Vorteil der multinationalen Riesen-Konzerne im (angeblich gar so freien!) Wettbewerb!

Forderung R4: Möglichkeitsräume und Förderungen für alle Lebensentwürfe

Artikel 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland besagt: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt (...).«.

Die **politbande** steht dafür ein, dass allen Nürnberger*innen Räume zuteilwerden, um sich auf individuelle Weise zu entfalten. Es liegt in der städtischen Verantwortung, solche Orte und Freiräume zu schaffen, die im Sinne einer sozialen Nachhaltigkeit Menschen in ihrer Verschiedenheit und Einzigartigkeit berücksichtigen. Beispiele sind Mehrgenerationenhäuser, Hausgemeinschaften, Bauwagenplätze, Ateliergemeinschaften, (Stadtteil-)Treffpunkte etc..

Es soll sichergestellt werden, dass grundsätzlich alle Lebensentwürfe und -vorstellungen im Sinne von Artikel 2 gesehen, gehört und gefördert werden. Jedem Mitglied unserer Gesellschaft soll die Möglichkeit gegeben werden, frei zu entscheiden, ob man eine

Lebensphase in einer Wohnung für sich, in einer WG mit Freunden oder in einer gemeinschaftlich organisierten Struktur verbringen will. Solche Entscheidungen müssen jederzeit und ungeachtet sozialer oder ethnischer Herkunft, finanzieller Lage oder Glaubensansichten möglich sein.

Forderung R5: Mehr Verdichtung nach oben, mehr Grün in der Stadtplanung

Ein Anliegen der **politbande** ist es, für mehr Wohnraum zu sorgen, der zugleich modernen Standards genügt als auch für kleine Geldbeutel bezahlbar ist. Nürnberg ist in dieser Hinsicht kein leuchtendes Vorbild: Während ein Viertel der Bevölkerung, darunter in sehr hohem Maß Kunst- und Kulturschaffende, von Armut bedroht sind [1], werden permanent innovative Möglichkeiten, neuen Wohnraum zu schaffen, nicht genutzt.

Abgesehen davon, dass Discounter-Ketten wie Aldi und Norma überall im Stadtgebiet um ihre Filialen riesige Parkflächen asphaltiert haben, die außerhalb der Geschäftszeiten für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, werden auf wertvollen, innenstadtnahen Grundstücken ständig Wohnblöcke errichtet, die zwei bis maximal drei Stockwerke haben (z.B. Reutersbrunnenstraße oder Rollnerstraße). Schon eine Verdoppelung der Höhe würde bei Neubauten den Wohnraum entsprechend verdoppeln. Nur verzichten Investoren gerne aus Kostengründen darauf, solange eine untätige Kommune ihnen freie Hand lässt. Dies wollen wir gründlich ändern. Auch eine Abschaffung der maximalen Anzahl von vier Stockwerken in den Vierteln rund um die Altstadt halten wir für sinnvoll [2].

Große Bedeutung hat die Verdichtung nach Oben vor allem für die dringend notwendige Erweiterung der Grünflächen. Denn die Schaffung von neuem Wohnraum darf eben nicht auf Kosten der wertvollen und zu wenigen existierenden Grünflächen gehen. Nicht nur innerhalb der neuen Wohnblöcke, sondern auch auf den großen Plätzen und Verkehrsknoten herrschen in Nürnberg erschreckende Verhältnisse [3]. Hier müssen alle Beteiligten, insbesondere die Baubehörde nach innovativen Lösungen suchen und sich aktiv an einer Realisierung beteiligen, anstatt diese mittels bürokratischer Hindernisse auf kaltem Wege auszubremsen.

[1] www.sueddeutsche.de/bayern/erschreckende-statistik-fast-jeder-vierte-in-nuernberg-ist-von-armut-

[bedroht-1.3930929](#)

[2] www.tagesspiegel.de/berlin/nachverdichtung-180-000-neue-wohnungen-in-berlin-ohne-neues-bauland/24045550.html

[3] www.nordbayern.de/region/nuernberg/nn-forum-so-gelingen-in-nurnberg-gute-platze-1.9531606

*Forderung R6: Die **politbande** steht für eine soziale Bau- und Wohnpolitik*

Wohnungsnot ist kein Ausnahmefall. Im Gegenteil: ein Massenphänomen. Davon betroffen sind zunehmend Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen [1].

Seit 2015 gibt es zwar eine Mietpreisbremse. Sie besagt seit 2019, dass Mieten bei neuen Verträgen nicht über 10% der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf (wie sie im Mietspiegel festgelegt ist). Allerdings gilt sie nur bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen – nicht bei Neubauten oder Modernisierungsmaßnahmen. Und die Bundesländer können selbst bestimmen, ob und wo die Mietpreisbremse gilt [2].

Das ist problematisch in dem Sinne, dass auch wenn in Nürnberg viel neuer Wohnraum geschaffen wird, es trotzdem zu sehr hohen Mietpreisen kommen kann bzw. die Mieten weiter in die Höhe schießen können.

Wir brauchen Alternativen!

Und es existieren bereits einige Lösungsansätze – auch in der Region:

- Das Mietshäuser-Syndikat ist ein Projekt, das zusammen mit Hauseigentümern einen bezahlbaren Mietpreis festsetzt, der zeitlich unbegrenzt gilt. Mehr Infos gibt es hier: www.syndikat.org/de/
- Wohnhausgemeinschaften (Eine Liste von Wohnprojekten in nordbayern wird angeführt unter) www.wohnprojekte.org/wohnprojekte.html

Wir fordern einen Mietpreisdeckel für Nürnberg!

Ein Dach über dem Kopf ist ein menschliches Grundrecht und das darf nicht ausschließlich denjenigen vorbehalten bleiben, die es sich leisten können [3]. Ausgehend von der realitätsnahen Annahme, dass jeder Mensch irgendwo wohnen möchte und dass

es darüber hinaus Personen gibt, die sich kein Dach über dem Kopf leisten können, müssen wir zusammen an Lösungen für diese GESAMTgesellschaftlichen Herausforderungen arbeiten.

Das bedeutet, dass die **politbande** in der (Stadt-)Regierung die Bau- und Wohnungspolitik sozial gestalten und an den Bedarf der Bürger*innen anpassen wird.

[1] www.youtube.com/watch?v=hNI5zw2kMfU

[2] www.deutsche-handwerks-zeitung.de/uebersicht-zur-mietpreisbremse-was-sie-zum-thema-wissen-muessen/150/3093/365886)

[3] www.gluecksdetektiv.de/was-brauchen-wir-zum-leben/)

Forderung R7: Anreize zur Schaffung von Räumen fürs Gemeinschaftsleben

Die **politbande** will systematisch Anreize dafür schaffen, in der Nachbarschaft / im Haus Veranstaltungsräume, Diskotheken, Bars, Kinos, Übungsräume und Ateliers zu dulden oder selbst welche zu schaffen. Hier gibt es beim Steuerrecht, beim Baurecht und anderen Verordnungen zahlreiche Hebel.

Zum Beispiel sind dies Nachlässe bei der Grundsteuer für Hausbesitzer, die an eine Kneipe oder Bratwurstlokal vermieten. Bauende oder Besitzende, die Kneipen, Studios und Galerien oder Räume für Redaktionen, Verlage, soziale oder gemeinnützige Initiativen vorsehen, werden belohnt, indem beispielsweise weniger Stellplätze gefordert oder gestalterische Vorgaben für das Gebäude gelockert werden. Usw, usf.

Forderung R8: Guter Wohnraum ohne Parkplätze

Für alle Neubauten müssen auch immer Autoparkplätze gebaut werden. Dies führt zu einem drastischen Anstieg der Baukosten und einem immensen Flächenfraß.

In unseren Augen braucht eine moderne Stadt Mobilitätskonzepte, die den individuellen Autoverkehr hinter sich lassen. Eine Änderung der Stellplatzsatzung würde die Baukosten von Neuimmobilien drastisch reduzieren und damit zur Schaffung von zusätzlichem

Wohnraum beitragen, richtungsweisend für eine ökologische Entwicklung der Stadt sein und dem Autoverkehr den Kampf ansagen.

Forderung R9: Vereinfachung von Förderbedingungen für Kulturräume mit Geldern aus der Stadtplanung

Die Schaffung von Räumen für kulturelle Aktivitäten ist - nicht nur, aber besonders auch - eine Aufgabe der Kommune. In einer multikulturellen und ethnisch bunten Stadt wie Nürnberg sind kulturelle Aktivitäten jedweder Art und von jeder Bevölkerungsgruppe der Kitt für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft, der Rahmen für zivilgesellschaftliches Engagement und die Grundlage für die demokratische Sozialisierung der nachfolgenden Generationen.

Arbeiter*innen- und Gesangsvereine, Kulinarik, Kunst und Literatur, soziales Engagement, Integration und Ermächtigung von marginalisierten Gruppen - es ist die Pflicht der Stadt, für diese und unzählige andere, unverzichtbare Zwecke die notwendigen Räume bereitzustellen.

Deswegen fordert die **politbande** ein vielseitiges Instrumentarium zur Beschaffung von Kulturräumen. Beginnend mit einer Erfassung von leerstehenden Gebäuden, über eine unbürokratische Freigabe von städtischen Liegenschaften bis hin zur Förderung der Instandsetzung, Anmietung oder Neu-Errichtung von Kulturräumen aus kommunalen Mitteln.

Die Förderbedingungen sollen so gestaltet werden, dass neue Initiativen nach Kräften unterstützt und nicht durch bürokratische Labyrinth gestoppt werden.

Wobei die Förderung von Gemeinschaften zunächst keinerlei Voraussetzungen an die freien Gruppen stellen darf – außer natürlich, dass deren Ziele keinerlei Rassismus, Chauvinismus oder Gewalt enthalten.

Forderung R10: Fester Proporz für künstlerische Räume bei der Stadtplanung

Die **politbande** fordert, dass bereits bei der Planung neuer Quartiere [1], Räume vorgesehen werden, die für schöpferische Aktivitäten [2] und die Begegnung der zukünftigen Anwohner bestimmt sind.

Natürlich steht diese Forderung in direktem Zusammenhang mit dem Anliegen der **politbande**, gemeinschaftliche Strukturen und Ressourcen zu erschaffen, zu erhalten, auszubauen und sichtbar zu machen [Vgl. Teilhabe, Forderung 2].

Ein fester Anteil von einem gemeinschaftlich-kulturell nutzbaren Raum pro 100 Einwohnern soll als verpflichtende Bedingung bei der Bauplanung eingeführt werden.

[1] wie dem Hohen Feld in Großreuth bei Schweinau, dem Volksbad/Planetarium/N-ergie-Komplex an der Rothenburger Straße, der ehemaligen Ledererbrauerei in der Sielstraße oder dem Uni-Viertel an der Münchner Straße – um nur vier von etlichen Beispielen zu nennen.

[2] worunter wir alles verstehen, was nicht auf Konsum, sondern eigene kreative Arbeit hinausläuft: Betätigungen als Verleger*innen, Journalist*innen, Musiker*innen, Maler*innen, Wissenschaftler*innen, Komödiant*innen, Schauspieler*innen, Gärtner*innen, Bildhauer*innen, Erfinder*innen, Köch*innen und noch tausenderlei mehr.

Forderung R11: Förderungen des Bürgerschaftlichen Engagements

In Nürnberg engagieren sich Tag für Tag Menschen ehrenamtlich und investieren ihre Zeit, ohne dafür monetär entlohnt zu werden. Umso wichtiger wird deshalb die Anerkennung, die man Personen entgegenbringen sollte, die sich für einen gemeinschaftlichen Zweck aktiv einsetzen.

Eine öffentliche Wertschätzung seitens der Stadt findet bereits beispielsweise durch Preise wie das »Nürnberger Herz« [1] oder »Ehrenwert« [2] statt.

Doch für das Nürnberger Herz muss sich beworben werden. Am Ende erhalten lediglich drei Initiativen und Projekte Urkunden, dotiert mit jeweils 1050 Euro, um sich mit diesem Geld wiederum für das Engagement ihrer Unterstützer*innen erkenntlich zu zeigen.

»Ehrenwert« beschreibt die Beachtung und Auszeichnung engagierter Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt: »Neben der Veröffentlichung eines Porträts des Preisträgers bzw.

der Preisträgerin in den Nürnberger Nachrichten wird das Anliegen der Geehrten mit einer Unterstützung von 1.000 Euro bedacht.«

Doch spiegelt diese teils sehr symbolisch angelegte Anerkennungskultur durch die Stadt echte Wertschätzung wieder? Welches Bild von Anerkennung wird hier gezeichnet?

Die **politbande** fordert die gezielte Förderung und kontinuierliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement. Dabei kann diese Wertschätzung sowohl sachliche-, steuerliche-, baurechtliche----- Formen annehmen, der Anerkennung sind hier keine Grenzen gesetzt. ;)

[1] »Pflege einer passenden und guten Anerkennungskultur. (...) auf verschiedenste Art und Weise (...) kommt Anerkennung zum Ausdruck. Der Fantasie sind wenig Grenzen gesetzt«, www.nuernberg.de/imperia/md/nuernberg_engagiert/dokumente/antraege/ausschreibung_bewerbungsbogen_nbgherz.pdf

[2] www.nuernberg.de/internet/nuernberg_engagiert/ehrenwert.html

Forderung R12: Wahrnehmung soziokultureller Zentren als Möglichkeitsräume

Soziokulturelle Zentren sind Orte für Freiräume, Selbsthilfe und Vernetzung. In diesen Gesellschafts-Zentralen wird konstruktive Konfliktkultur und die Kommunikation zwischen Menschen und Kulturen gestärkt. Das alles ist dort gelebter Alltag und belegt einen der vielen Mehrwerte, den solche Räume aus Ihrem Selbstzweck heraus schaffen.

Aber was ist denn »Soziokultur« überhaupt?

Sie ist eine Kultur des Zusammenlebens, findet also überall dort statt, wo Menschen zusammenkommen, sich füreinander, für Themen und Projekte interessieren, sich umeinander kümmern und helfen, gemeinsame Interessen finden und verfolgen und gemeinsam etwas erschaffen.

Um Ideen und Potenziale zu verwirklichen braucht es kommunale Unterstützung: die Bereitstellung von Räumen, einer Infrastruktur und von anderen (finanziellen) Ressourcen. Zur soziokulturellen Orten und Initiativen gehören selbst organisierte Basketballtreffs in Turnhallen oder auf Freiplätzen außerhalb der Unterrichtszeit, die Gründung eines

Spieletreffs durch Eltern, das Finden von Proberäumen durch Theaterbegeisterte oder die Gründung von (Selbsthilfe-)Gruppen.

Die **politbande** fordert die Förderung solcher Möglichkeitsräume von und für die Nürnberger Stadtgesellschaft. Das impliziert auch eine viel stärkere Anerkennung soziokultureller Arbeit seitens der städtischen Kulturpolitik und durch die Öffentlichkeit.

So wie auch schon Hermann Glaser (Vater der Kulturläden und Vordenker für die Kulturlandschaft in Deutschland) glauben wir an das »Bürgerrecht Kultur«. Damit verbunden ist die Forderungen nach mehr Offenheit, mehr Vielfalt sowie einer bewussten Förderung der Stadtteilkulturarbeit statt klassischer »Kulturtempel« [1]

Wir setzen uns ein für die Stärkung der sozialen Infrastruktur durch

- Initiierung, Förderung, Ausbau und Sicherung von soziokulturellen Zentren, Stadtteilaktivitäten und gemeinschaftlichen Strukturen
- Aufbau und Sicherung von Maßnahmen zur Stärkung von Kommunikation, Kooperation und Vernetzung in und zwischen den Stadtteilen
- Bündelung von vorhandenen Ressourcen
- Planung, Organisation und Durchführung eines qualitativ hochwertigen Kulturangebotes
- Förderung kultureller Kompetenzen und des kulturellen Eigenhandelns

[1] <http://www.soziokultur.de/bsz/node/2620>

SOZIALES

Forderung S1: Sicherer Flughafen Nürnberg – Abschiebungen Stoppen!

Die **politbande** fordert einen Flughafen Nürnberg ohne Abschiebungen!

Politische, religiöse Verfolgung, ethnische oder sexuelle Diskriminierung, Krieg, Zerstörung der Infrastruktur oder der natürlichen Lebensgrundlagen. Alles Gründe, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen, auf der Suche nach Sicherheit und Schutz. Laut Art.14 der Menschenrechtskonvention auch alle legitimen Gründe Asyl zu beantragen und zu bekommen.

Dennoch: Obwohl das Recht auf Leben ganz oben auf der Werteskala unserer Gesellschaft steht, obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention den Ländern untersagt, Asylsuchende in ihren Verfolgerstaat zurückzuschicken, werden Geflüchtete abgeschoben – in ihr »sicheres Herkunftsland« [1]. Und das immer häufiger – am 13. September 2019 das erste Mal aus Nürnberg.

Die **politbande** stellt sich gegen eine solche Politik – auch wenn eine einzelne Kommune kaum Handhabe hat, die gängige Abschiebep Praxis der bayrischen Staatsregierung zu verhindern, sollte sich gerade Nürnberg klar für die Achtung von Menschenleben und Menschenwürde stark machen!

Gründe gibt es unzählige: denn was passiert mit den Menschen nachdem sie in ihr »sicheres Herkunftsland« abgeschoben wurden? Es gibt mittlerweile Quellen, die bestätigen, dass diese Menschen häufig gefangen genommen, wenn nicht sogar gefoltert werden [2 – 5].

Wer abschiebt, verantwortet diese Verbrechen – im konkreten Falle die Stadt Nürnberg, die als Mitbetreiberin des Flughafens nichts gegen die unmenschlichen Vorgänge unternimmt. Es geht hier um Menschen und Menschenleben. Ein sogenanntes "Herkunftsland" sucht man sich nicht aus. Es könnte genauso gut jeder und jedem von uns passieren – die Geschichte hat dafür viele Beispiele parat!

Nürnberg wird hier in Zukunft mit gutem Beispiel voran gehen.

[1] www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/basiswissen/sogenannte-sichere-herkunftslaender

[2] www.refugeelaidinformation.org/post-deportation-monitoring-network-suggested-reading-list

[3] www.amnesty.de/informieren/themen/fluechtlinge-asyl

[4] www.nordbayern.de/region/nuernberg/abschiebefluege-aus-numberg-welche-rolle-spielt-der-airport-1.9435055

[5] www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/text/artikel-14-aemr-recht-asyl

*Forderung S2: Zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter*innen schaffen*

Die politbande fordert die Schaffung zusätzlicher Stellen für Sozialarbeiter*innen zusätzlich zum Außendienst Stadt Nürnberg (ADN).

Im Sinne eines lebenslangen Lernens ist es wichtig, neben Instanzen der öffentlichen Kontrolle, wie dem ADN, der zur Einhaltung der städtischen Regelungen installiert worden ist [1], gleichzeitig Organe für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zu etablieren.

Wir stehen für ein System, in dem die Kommune nicht nur mit autoritär erhobenem Zeigefinger Macht ausübt, sondern vielmehr Menschen, die mit Ihrer momentanen Situation nicht zurecht kommen, an die Hand nimmt und hilft. Dies betrifft die Einhaltung von Regelungen im öffentlichen Raum, die Nachhaltigkeit und das soziale Miteinander. Konkret bedeutet dies auch Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen als städtische Hilfskräfte einzustellen.

Die Erfahrung zeigt, dass die zusätzlichen Kosten langfristig durch Verminderung der Ausgaben für Reparaturen, Sicherheitsmaßnahmen, Gesundheitskosten und der allgemein schlechteren Lebensqualität in den Vierteln eingespart werden.

Prävention ist in jeder Hinsicht besser als alle Schadensregulierung! [2]

[1] www.nuernberg.de/internet/sicherheitspakt/aussendienst_nuernberg.html

[2] www.praeventionstag.de/

Forderung S3: Einführung von Safespaces für drogenkranke Menschen

Die **politbande** steht zweifelsfrei hinter einem zeitgemäßen und respektvollen Umgang mit suchtkranken Menschen.

Nürnberg muss sich hier klar gegen die Position der bayerische Staatsregierung stellen und für Safespaces, also geschützte Räume sorgen [1]. Dort können Drogenkranke ungestört ihre Medikamente zu sich nehmen und sich, wenn nötig, an einen Sozialarbeiter wenden. Dies bietet die Chance, Vertrauen aufzubauen und spezifische Hilfe oder therapeutische Maßnahmen zu vermitteln.

Geschützte Räume verringern außerdem die Gefahr von Infektionen, Krankheiten und lebensbedrohlichen Überdosierungen [2]. Im gleichen Zuge wird der öffentliche Raum entlastet.

[1] www.br.de/stadtradio-nuernberg/rubriken/drogenkonsum-fixerstuben-nuernberg-100.html

[2] https://kraichgau.news/bretten/c-freizeit-kultur/sucht-experte-fixerstuben-helfen-aber-kein-allheilmittel_a13978

Forderung S4: Sichtbarmachung der Situation marginalisierter Gruppen

Arme oder verarmte [1] Familien, Alleinerziehende, chronische kranke oder körperlich eingeschränkte [2], sowie alte Menschen sind gleichberechtigte Teile der Bevölkerung, deren Bedürfnisse bei allen kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden sollen. Wirklich alle Einwohner*innen sollen mit gleicher Stimme am Diskurs teilnehmen können.

Um dies zu erreichen, fordern wir, die Sichtbarkeit dieser marginalisierten Gruppen auf allen Ebenen des städtischen Lebens stetig zu verbessern. Denn das bisher einzige öffentliche Medium, das in Nürnberg angeboten wird, ist der *Straßenkreuzer*.

Wir beabsichtigen, im Stadtrat regelmäßige Anhörungen von Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, durchzuführen. Initiativen, die aus dem Umfeld benachteiligter Kreise der Stadtbewohner*innen kommen, sollen – technisch, nicht

inhaltlich! – von der Kommune nach Kräften gefördert werden (Infrastruktur, Information, Geld).

[1] Der Spätkapitalismus kennt kein Erbarmen!

[2] Es kann jederzeit und jede*n treffen!

Forderung S5: Förderung interaktiver generationenübergreifender Kulturangebote

Interaktivität bedeutet Dialog. Wir brauchen Dialoge, um zu lernen, zu verstehen und zusammenzukommen. Dialoge helfen uns andere Standpunkte zu entdecken, von denen aus wir Herausforderungen auf eine neue Weise angehen können.

»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind«, sagte Albert Einstein und verweist damit auf die Wichtigkeit zwischenmenschlichen Austauschs. Neue Perspektiven sind hilfreich, um eigene und gesamtgesellschaftliche Probleme anzugehen [1].

Die **politbande** steht für die Förderung von Kulturangeboten, die interaktiv den Informations- und Ideenaustausch zwischen Menschen verschiedener Altersstufen ermöglichen. Was entsteht, ist ein Multilog eines gewaltigen Wissens- und Kreativschatzes.

Zu interaktiven und generationsübergreifenden Angeboten gehören zum Beispiel Nachbarschaftsgärten, Küche-für-alle-Aktionen oder gemeinschaftliche Sportstunden und runde Tische. Die Aufgabe der Kommune liegt in der aktiven Förderung durch die Bereitstellung von Räumen, Rechten und anderen Ressourcen.

Das Ergebnis? Unsere Gesellschaft wächst verständnisvoll, lösungsorientiert, kreativ und sozial zusammen!

[1] www.worldcafe.eu/de/warum-ist-dialog-so-wichtig-fuer-die-gesellschaft.html

Forderung S6: Niedrigschwelliges Angebot für stetigen Wohnraum

Angesichts explodierender Mieten und einer vom Staat nicht mehr begrenzten Ausbeutung

Stand 5.4.2020

von Mietern durch Immobilienbesitzer, insbesondere Konzernen, steigen die Zahlen von Menschen, die auf der Straße leben, rasant an. Zum großen Teil verantwortet der Staat, der gute Sozialwohnungen zu zig Tausenden privatisiert hat, diesen Missstand.

Nürnberg trägt Verantwortung für Menschen ohne Obdach.

Die **politbande** fordert, dass die Stadt alle denkbaren Schritte unternimmt, diesen Missstand zu beseitigen. Angefangen von der ordnungsrechtlichen Ermöglichung von Tiny Houses, Wagenplätzen und Zwischennutzung, über ein lokales Verbot von Spekulation mit leerstehenden Immobilien und Grundstücken bis hin zur Enteignung oder Bauverpflichtung von skrupellosen Krisenprofiteuren.

Die Option, auf der grünen Wiese von einschlägig bekannten Konzernen teure Eigentumswohnungskomplexe errichten zu lassen, ist hierbei die schlechteste aller Lösungen. Denn gerade hier profitieren die Firmen, während die Bürger der Stadt die Folgekosten in Form von Verkehrsanbindung, Verkehrsaufkommen, Bodenversiegelung und Zerstörung von Naherholungsgebieten bezahlen müssen.

Schluss mit der Spekulation! Schluss mit der Ausbeutung durch Miethaie! Schluss mit Privatisierungen!

Für sozialen Wohnungsbau in der Mitte der Stadt.

[1] www.nordbayern.de/politik/warum-die-obdachlosigkeit-in-nurnberg-zunimmt-1.6870059

[2] www.infranken.de/ueberregional/bayern/rasanter-anstieg-von-obdachlosigkeit-in-bayern-nuernberg-besonders-betroffen-grossstaedte-fordern-hilfe;art179,3568778

[3] www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/obdachlosigkeit-678-000-menschen-haben-keine-wohnung-a-1295844.html

[4] www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/deutsche-wohnen-und-patrizia-der-immobilienboom-befluegelt-die-gewinne-der-deutschen-wohnungskonzerne/23630924.html

[5] www.tagesspiegel.de/wirtschaft/steigende-mieten-wohnungskonzern-vonovia-macht-deutlich-mehr-gewinn/24311922.html

TEILHABE

Forderung T1: Transparenz in der Kulturarbeit schaffen

Wer aktiv in der (Sub-)Kultur werden möchte, wird schnell von der Vielzahl der Ansprechpartnerinnen und Behörden erschlagen: Wer ist der oder die richtige Ansprechpartnerin? Wann muss ich einen Antrag auf Fördergelder einreichen, damit er noch bearbeitet wird? Oder was mache ich, wenn ich Probleme mit Anwohner*innen habe und Vermittlung benötige?

Die **politbande** möchte volle Transparenz bezüglich der Ansprechpartner*innen und der formalen Amtswege schaffen. Das reicht von der Unterstützung in Fragen um die Themen Räume, Fördergelder, Fachwissen (z.B. stadtbauliche Entscheidungen, Leerstände) bis hin zu Kompetenzbereichen im kulturellen Stadtgeschehen.

Diese Unterstützung geschieht in entsprechend ausgestatteten Bürgerbüros und mittels vernünftiger Suchfunktionen im deutlich verbesserten städtischen Online-Angebot, das reichhaltige Informationen bereitstellt.

Forderung T2: Gemeinschaftliche Strukturen und Ressourcen erschaffen, erhalten, ausbauen und sichtbar machen

Nürnberg verfügt schon jetzt über verschiedene gemeinschaftlich genutzte öffentliche Einrichtungen. Diese Urban Commons genannten Gemeingüter erleichtern uns das tägliche Leben oder ermöglichen es, nachhaltiger zu leben. Ganz besonders aber schaffen sie Begegnungsräume.

Bereits existierende Projekte wie Foodsharing, also das Verteilen von Lebensmitteln, die sonst weggeschmissen würden, Leihräder oder Gemeinschaftsküchen sind als Teil einer lebendigen Stadtgesellschaft anzuerkennen und zu fördern. Wir möchten einen öffentlichen Raum, der nicht fast allein nach den Interessen des Kommerzes gestaltet, sondern für die Bewohner*innen der Stadt einladend und erlebnisreich ist.

Wir fordern:

- dass die Stadt die Einrichtung weiterer Gemeingüter wie Stadtteilkantinen und Sharingstationen für Geräte und Fahrzeuge, Repaircafes [1] oder Refoodsysteme [2] unterstützt: Es sollen bevorzugt Initiativen, die aus der Stadtgesellschaft entstehen, subventioniert werden.
- einen öffentlichen Raum, der nicht nur zum »Shopping« einlädt, sondern den wir alle nutzen und mit Leben füllen können, etwa durch die Schaffung einer Speakers Corner, um gesellschaftspolitische Themen öffentlich und kontrovers diskutieren zu können. Aber auch mit der Möglichkeit, ohne großen Aufwand und Kosten unkommerzielle Freiluftveranstaltungen zu veranstalten.
- vor allem auch bei der Entwicklung neuer Quartiere soll seitens der stadtbaulichen Planung darauf geachtet werden, dass von Anfang an Räume und Einrichtungen vorgesehen werden, die der Gemeinschaft der Bürger*innen dienen. Klassische Beispiele sind Saalbauten, Gaststätten mit Versammlungsräumen, kleine Läden an den Häuserecken, Werkstätten oder begrünte Innenhöfe. Solche Räume sind zudem unabdingbare Voraussetzung für die Gründung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen.

[1] Gemeinschaftliche Werkstatt mit Hilfe zur Selbsthilfe z.B. zur Fahrrad- oder Computerreparatur

[2] System zur Weiterverarbeitung von nicht verwerteten, insbesondere verderblichen Lebensmitteln, z.B. Obst und Gemüse, das während der Öffnungszeiten eines Geschäfts nicht verkauft werden konnte.

Forderung T3: Bildung, jederzeit und überall

Die digitalen Bildungsangebote der Stadt Nürnberg stehen leider weit hinter den analogen zurück. Die **politbande** fordert die Schaffung eines zentralen Digitalen Raumes (digital space), der darüber hinausgeht, sich E-Books der Stadtbibliothek herunterzuladen.

Ziel des Digitalen Raumes ist die Schaffung von einladenden, barrierefreien Lehr- und Lernstrukturen, mit Webinaren und offenem Vortragsarchiv. Außerdem soll der Digitale Raum Möglichkeiten zur Datenweitergabe und eigene Kommunikationsstrukturen

enthalten, als Alternative zu den kommerziellen Diensten der großen U.S.-amerikanischen Daten-Monopolisten.

Dieser Digitale Raum muss ganz konkret in den Stadtteilen durch entsprechende Infrastruktur verankert sein. Fachkundige Betreuerinnen unterstützen bei technischen Problemen und stehen Anfängerinnen bei ersten Schritten zur Seite.

Forderung T4: Wirtschaftsförderung 4.0

Wir fordern eine Produktion, in der nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen und eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung im Mittelpunkt stehen.

Dies lässt sich vor allem in lokalen Strukturen verwirklichen. Regionale Produkte sparen Transportkosten und eine Kontrolle von Produktionsstandards ist einfacher zu erreichen.

Wir fordern, dass die Stadt Nürnberg bevorzugt Strukturen solidarischer und nachhaltiger Ökonomie fördert und damit lokale ökonomische Strukturen nachhaltig stärkt.

Hierzu zählen neben Agrargenossenschaften auch ökonomische Strukturen nach Vorbild des Urban Kibbuzim oder Initiativen, die darauf abzielen, Gemeingüter bereitzustellen.

Forderung T5: Städtische Einrichtungen selbstorganisiert aufbauen

Die **politbande** möchte Jugendzentren, Stadtbibliotheken, Stadteilläden und andere städtische Einrichtungen Zug um Zug sich selbst organisieren lassen.

Nutzerinnen und Teilnehmerinnen entscheiden demokratisch über Programm und Inhalte. Städtische Stellen werden nur für die Verwaltung und technische Durchführung geschaffen – Ziel ist, soziale Räume und eigenverantwortliche Gemeinschaften zu schaffen.

Nach einem *best practice* Prinzip wird mit einzelnen Einrichtungen gestartet, die als Lernmodel agieren können. Die Möglichkeiten, an den demokratischen Entscheidungen mitzuwirken, müssen gestärkt werden. Beispielsweise durch digitale Teilhabe, die

Einbringung von Meinungen, Kritik und Ideen per App – PartizAPPation. Hier sind nicht-digitalversierte Personen besonders zu unterstützen und zu ermächtigen.

VERWALTUNG

Verwaltung V1: Restrukturierung des Kulturreferats

Die **politbande** strebt eine Neugliederung des Kulturreferats nach Kunstsparten an, sowie die Einrichtung eines spartenübergreifenden Lenkungsausschusses. Wir fordern in allen Belangen maximale Transparenz – bei der Verteilung von Fördermitteln, Preisen, Entscheidungen für Investitionen und Personalfragen. Die Besetzung von Gutachtergremien muss auf demokratischem Wege erfolgen, alle Interessensgruppen einschließen (Migrant:innen, LGBTQ*, alle Stadtteile, alle Altersgruppen) und vor allem leicht zugänglich öffentlich gemacht werden.

Parteipolitik hat im Kulturreferat nichts verloren. Eine Entflechtung des Kulturreferats und der Immobilienbranche ist notwendig, da dies andernfalls eine ungünstige Vermischung oft diametral entgegengesetzter Interessen darstellt (s. Forderungen RÄUME und TEILHABE). Die Leitung des Kulturreferats sollte eine Doppelspitze (m/w/d) übernehmen.

Wir fordern eine sukzessive Angleichung der Etats aller Sparten. Hierbei ist zwischen technischer Ausstattung, entsprechend gut bezahlten Techniker:innen und den Inhalten streng zu unterscheiden. Insbesondere die städtischen Kulturläden sollen für externe Ideen geöffnet werden. Die inhaltlichen Gestaltungen müssen transparenter gestaltet werden.

Die **politbande** fordert ausdrücklich nicht die Abschaffung der bestehenden Einrichtungen und Veranstaltungen, sondern eine *Reform*, bei der die Schaffung von Transparenz über alle Entscheidungen und Ausgaben, sowie die Teilhabe der Nürnberger Kulturschaffenden im Vordergrund steht.

Verwaltung V2: Transparenz bei der Besetzung der Leitungspositionen

Die **politbande** fordert, dass Referatsleiter*innen zukünftig parteiunabhängig nach Qualifikationen eingestellt werden. Wir wollen ein transparentes Verfahren zur Besetzung

von Leitungspositionen etablieren. Entsprechende Posten sollen bundesweit ausgeschrieben und nur nach Mitsprache der fachkompetenten Mitarbeiter*innen besetzt werden.

Die Anforderungen an die Bewerber*innen und Ziele der Tätigkeit wird öffentlich im Stadtrat beschlossen.

WIRTSCHAFT

Forderung W1: Förderung von Kleinunternehmen

Auf Grund einer erkennbaren Bevorzugung von Großkonzernen, besteht eine gewisse Abhängigkeit der Metropolregion und ihrer Einwohner*innen von wenigen großen Unternehmen.

Siemens, Diel, Bosch, Continental, Adidas, die Alpha Group, Feser&Graf etc. haben eine unglaubliche Macht auf dem Arbeitsmarkt und somit auch bei behördlichen Entscheidungen.

Dieser undemokratische Zustand hat sich langsam entwickelt, ist aber inzwischen eher schädlich – wie jede Konglomeration von zu viel Geld und Macht in zu wenigen, nicht demokratisch kontrollierten Händen. Die Monopol-ähnliche Position der genannten Branchenriesen widerspricht den Grundsätzen einer freien und sozialen Marktwirtschaft.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass eine einzige Firmenpleite, zum Beispiel auf Grund weltpolitischer Entwicklungen oder Fehlentscheidungen des Managements, infolge massenhafter Arbeitslosigkeit dramatische Auswirkungen auf Nürnberg und seine Einwohner*innen hat (wie die katastrophalen Pleiten von Grundig, der Quelle und AEG). Dieser Gefahr kann durch Diversifikation und Stärkung des Mittelstandes vorgebeugt werden.

Deshalb steht die **politbande** dafür ein, alle Arten von Förderung hin zu mittleren und kleinen Unternehmen zu lenken. Weg von den großen. Im Sinne einer nachhaltigen & sicheren Zukunft für alle Bürger*innen Nürnbergs und der Metropolregion.

[1] www.ihk-nuernberg.de/de/IHK-Magazin-WiM/WiM-Archiv/WiM-Daten/2012-03/Berichte-und-Analysen/Was-ist-geblieben-

Forderung W2: Gründung eines Ideenumsetzungs-Unterstützungszentrums für ALLE

Es gibt in Nürnberg bereits verschiedene Institutionen, die in Kooperation mit der Stadt die

»Gründerszene« unterstützen, wie z.B. Startup.Digital.Nuernberg oder das Klee-Center. All diese Einrichtungen sind aber eindeutig auf das Thema »Technologie« ausgerichtet.

Ideenverwirklicher*innen, die sich mit neuen und nachhaltigen Geldanlagen bzw. Finanzierungswegen beschäftigen, oder solche, die auf dem Gastronomiemarkt Fuß fassen wollen, die im Bereich der viel beschworenen Kulturindustrie oder der Medien arbeiten oder die einen neuen Beitrag im Bereich des Sozialen, der Pflege, der Inklusion und der Integration liefern wollen (Stichwort: Social Entrepreneurship), fühlen sich durch diese aktuellen Kooperationen der Stadt nicht wirklich angesprochen. Alles wird auf "die" Technologie zugespitzt.

Wir fordern ein Unterstützungszentrum für Ideenumsetzer*innen, das breit gefächert und aufgeschlossen ist. Das sich nicht nur auf technologische Innovationen bezieht, sondern den gesamthaften Markt mit einschließt und anspricht.

Forderung W3: Transparente Vergabe von städtischen Aufträgen an lokale, regionale und nachhaltige Unternehmen

Die Förderung von Vergaben an lokale, regionale und nachhaltige Unternehmen soll der Kommune mehr Gestaltungsspielraum zur Erreichung genereller Ziele der Stadtgesellschaft verschaffen.

Diese Forderung der **politbande** ist nicht als „Bevorzugung“ zu sehen, sondern als Anreiz für Unternehmen, lokal, nachhaltig und sozial zu agieren. Zudem so der regionalen Wirtschaft vielfältige Anreize und Impulse gegeben werden.

Forderung W4: Kommunale Wirtschaftsförderung nach Nachhaltigkeitsprinzip - Wirtschaftsmodell 4.0

Regionale Wertschöpfung in Kommunen und hierbei kooperative, innovative und nachhaltige Wirtschaftsformen sollen in besonderem Maße gefördert werden. Teilen, Tauschen, Verschenken, Kooperieren, Selbsthilfe – das verbirgt sich hinter dem Begriff

Wirtschaftsmodell 4.0 [1].

Was so banal klingt, birgt große Krisenfestigkeit, positives Identifikationspotential und ökologisch verantwortliches Agieren. Das Wirtschaftsmodell 4.0. sieht dabei den umfassenden Kreislauf von Herstellung, Absatz, Tausch, Konsum, Umlauf, Verteilung und Recycling/Entsorgung von Gütern. Im Ökonomischen gilt entsprechend, dass Güter im Nah-Raum hergestellt werden, wann immer dies praktisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Die »Wirtschaftsförderung 4.0« ist eine Achse, um die politische und ökonomische Eigenverantwortung einer Kommune zu stärken.

[1] www.wirtschaftsfoerderungviernull.de

Forderung W5: Stärkung und Transparenz der Kulturförderung

Die **politbande** fordert eine Erhöhung von Budget und Frequenz der städtischen Kulturförderung.

Bisher ist es Praxis, einmal jährlich im Januar Anträge entgegenzunehmen. Die Vergabe von circa 250.000 Euro Gesamtsumme (das sind weniger als 50 Cent pro Einwohner) geschieht durch ein anonymes »Beratergremium«.

Es dürfte kaum überraschen, dass die **politbande** auch hier für absolute Transparenz und Fairness eintritt und eine gründliche Reform des Vergabemodus fordert.

Forderung W6: Angleichung der Gewerbesteuer in der Metropolregion

In welcher Gemeinde Unternehmen und Geschäfte sich niederlassen, wird weitgehend vom Gewerbesteuer-Hebesatz bestimmt [1]. Dieser Hebesatz variiert von Kommune zu Kommune und beeinflusst somit maßgeblich, wie viel Gewerbesteuer Unternehmen zahlen müssen.

Wenn die Gewerbesteuer als zu hoch empfunden wird, kann das dazu führen, dass ein

Betrieb in eine Kommune mit geringeren Steuersätzen abwandert [2]. Folge: Neubauten in ländlichen grünen Gegenden und mehr Verkehr durch Pendler*innen.

Nürnberg ist die einwohnerreichste Stadt in der nordbayrischen Metropolregion von Würzburg bis Weiden und von Bayreuth bis Schwabach. Der Stadtrat besitzt demzufolge einen gewissen Einfluss auf die umliegenden kleineren Städte und Landkreise. Letzten Endes sind es nämlich die Einwohner*innen aller Kommunen, die unter dem Wettkampf um Profitsteigerung durch Steuerersparnis leiden.

Die **politbande** fordert die Angleichung der Gewerbesteuer in der Metropolregion auf ein einheitliches Niveau. Damit wollen wir Zersiedelung und die Zunahme des Berufsverkehrs bremsen.

[1] www.gewerbesteuer.de/gewerbesteuerhebesatz/mittelfranken

[2] <https://kommunal.de/gewerbesteuer-hier-ist-es-am-guenstigsten>

Forderung W7: Keine weiteren Kooperationen mit Immobilien-AGs

Wohnen heißt leben. Und das sollen alle Menschen so gestalten können, wie sie das für richtig halten.

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt werden dennoch auch in Nürnberg und Umland immer besorgniserregender. Mietpreise schießen in unglaubliche Höhen und Gehälter gehen zu großen Teilen drauf, um den monatlichen Wohnraum bezahlen zu können.

Viele namentlich bekannte kommerzielle Immobilienhaie, aber auch Privatiers sind Beispiele von wachsenden monopolisierten Immobilien-Strukturen, die solche Entwicklungen rasant vorantreiben. Sie kaufen sanierungsbedürftige Häuser auf, um sie zu »modernisieren«. Die »neu-gemachten« Objekte werden dann über dem Durchschnitt teuer vermietet. Gentrifizierung vom Feinsten.

Damit steigt nicht nur der Mieten-Durchschnitt in der Stadt. Finanziell schlechter gestellte Personen werden aus ihren Vierteln vertrieben und müssen an die Ränder der Stadt

ziehen, verlieren ihr gewohntes Umfeld, haben soziale Ausgrenzung zu fürchten.

Oft kaufen Immobilienfirmen auch Gebäude auf, die als wichtige kulturelle (Frei-)Räume dienen und in der Folge zerstört werden. Nur um noch mehr Profit zu erzielen und ohne sich Gedanken über den Verlust für Menschen und Stadtkultur zu machen.

Daher fordern wir, dass Immobilienhaie keine Rückendeckung oder sogar Unterstützung durch die Stadt erhalten, sondern ihr Tätigkeitsumfeld strikt eingegrenzt und eingedämmt wird.

Wirtschaft hat uns, heißt allen Bewohner*innen Nürnbergs zu dienen, und nicht umgekehrt. Zahlreiche Bauträger wie z.B. die WBG, Schultheiß Projektentwicklung etc. sind dabei, dass Stadtbild sowie die räumlichen Möglichkeiten für die Stadtgesellschaft in ihrem Sinne, nämlich ausschließlich zur Profitmaximierung zu zerstören.

Die Stadt ist für alle da! Nicht nur für die, die sich die schicken und teuren Wohnräume leisten können.